



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weiteres zur Charakteristik der Deutschfreisinnigen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Kälte; Februar: durchschnittlich; März: etwas unter Mittel; April und Mai: warm mit Gewittern; Juni: heiß mit sehr starken Gewittern und Hagelschlägen; Juli: kalt mit Landregen; September: durchschnittlich; Oktober: wärmer als der Durchschnitt; November: wenig wärmer als der Durchschnitt; Dezember: wärmer als der Durchschnitt. Besonders aufmerksam mache ich auf Januar 1890." Dieser Monat hatte also die Zahl — 7 und die Deutung: starke und ausgedehnte Schneefälle und darauf anhaltende strenge Kälte. O weh! Die Widerlegung kann nicht schlagender sein, als sie es thatsächlich gewesen ist.

Herr Guido Lamprecht, der die Methode der gegenwärtigen Meteorologie verlassen hat und zu der alten, längst aufgegebenen Periodenbestimmung zurückgekehrt ist, scheint an das falsche Rästchen geraten zu sein; seine scharfsinnigen und mühevollen Rechnungen stellen sich als eine mathematisch-physikalische Dichtung dar.



Weiteres zur Charakteristik der Deutschfreisinnigen



Wenn wir in unserm vorigen Aufsätze über dieses Thema als deutschfreisinnige Charaktereigenschaft die hämische Schadenfreude bei etwaigen Mißerfolgen unsrer deutschen Politik an Thatsachen aufzeichnen konnten, eine Schadenfreude, die sich jetzt wieder in der deutschfreisinnigen Presse damit kund thut, daß sie den neuesten Gewaltstreich Englands gegen das deutsche Witugebiet, der in der Aufhissung der englischen Flagge auf den Inseln Manda und Patta liegt, in Schutz nimmt, so müssen wir jetzt noch ein Wort über die hornirte fortschrittliche Unbelehrbarkeit sagen, die die Partei seit den Konfliktzeiten bis zu ihrem neuesten Wahlauftritt zeigt. Es ist das ein anderer charakteristischer Zug der Deutschfreisinnigen. Diese fortschrittliche Hornirtheit, vermöge deren die Partei trotz aller Erfahrungen im Grunde unbelehrbar geblieben ist, hat ihr 1884 einen Verlust von einem Drittel ihres frühern Bestandes eingetragen, 1887 ein zweites Drittel, und es wäre nicht zu verwundern, wenn die Verminderung fortginge. Daß sie solches Schicksal wenigstens verdient hätte, wird sich aus dem ergeben, was aus neuerer Zeit von ihr zu berichten ist.

Wenn die Freisinnigen früher noch mit einer gewissen Verschämtheit mit den Sozialdemokraten bei den Wahlen zusammen arbeiteten, so machen sie diesmal trotz der Bekämpfung an einigen Orten doch sonst ganz offen mit ihnen gemeinschaftliche

Sache; sie haben bereits den Sozialdemokraten ihre Stimmen bei den Stichwahlen zur Verfügung gestellt, mit dem Wunsche, daß diese von dem Beschluß von St. Gallen, der der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen keine andre Partei zu unterstützen vorschrieb, abjäten. An mehreren Orten ist es, wie z. B. in Stade, bereits zu einem deutschfreisinnig-sozialdemokratischen Verbrüderungsfest gekommen. So stark ist bei diesem Freisinn der Haß gegen eine Regierung, um die wir von den freiesten Staaten beneidet werden, daß sie auch mit den geschwornen Feinden aller modernen Staatsordnung sich zu verbinden keinen Anstoß nehmen. Wie sehr bei ihnen die blinde Opposition gegen die Regierung und die bloße Verneinung alles beherrscht, das geht recht auffallend aus ihrem Verhalten in der Arbeiterschutzfrage hervor. Richter wie Barth und Bamberger wie Rickert waren früher stets für das sogenannte „freie Spiel der Kräfte“ und gegen alles staatliche Eingreifen in die Arbeiterverhältnisse gewesen. Dann, als der Bundesrat es ablehnte, das vom Reichstag angenommene Arbeiterschutzgesetz zu bestätigen, weil es ihm gegen die Lebensbedingungen der heimischen Industrie zu streiten schien, trat der Freisinn für den Arbeiterschutz ein und blieb so lange dafür, bis das arbeiterfreundliche Programm in der Thronrede beim Reichstagseschluß abgegeben wurde. Der Kaiser hatte in der Thronrede gesagt: „Es ist mein dringender Wunsch und meine Hoffnung, daß es dem folgenden Reichstage gelingen möge, im Verein mit den verbündeten Regierungen für die auf diesem Felde (auf dem der Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen) notwendigen Verbesserungen wirksam gesetzliche Formen zu schaffen. Ich betrachte es als meine ernste und erhabene Aufgabe, auf die Erfüllung dieser Hoffnung hinzuwirken.“ Der Freisinn sagte sich, daß diese kaiserlichen Worte wahrscheinlich die Grundlage für das Programm der Kartellparteien abgeben würden, und sofort gab der deutschfreisinnige Papst das Stichwort vom „patriarchalischen Imperialismus“ aus. Auf einmal war aller Arbeiterschutz eine „ungehörige Einmischung des Staates in die Gütererzeugung.“ Das ist deutschfreisinnige Überzeugungstreue. Nun erschienen am 4. Februar die beiden kaiserlichen Erlasse. Gegen diese sich wenden, hieß, wie die Dinge lagen, die Partei ruinieren. Darum galt es, Kapital daraus zu schlagen. Auf der ganzen freisinnigen Linie von Richter bis zu Hänel wurde das Stichwort ausgegeben, in den Erlassen die eigne, stets befolgte deutschfreisinnige Politik zu sehen und sich als die treuesten Genossen der kaiserlichen Politik auf sozialem Gebiete hinzustellen. Man sah bereits Bismarck halb auf die Seite geschoben. Schon daß die Herren in den Erlassen eine Niederlage Bismarcks sahen und sie sofort zur Wühlerei gegen den Kanzler mit seinen „harten, dauernden“ Grundsätzen verwerteten, läßt sehr an der Ehrlichkeit ihrer Stellungnahme zweifeln. Mit dieser freisinnigen Schwentung bei den Wahlen etwa zu rechnen und die Freisinnigen den staatszerhaltenden Parteien zuweisen, dazu liegt für letztere bis jetzt durchaus kein Grund vor. Nach allen Regeln der bisherigen

fortschrittlichen Unbelehrbarkeit ist vielmehr anzunehmen, das, wenn der Freisinn die Unmöglichkeit erkennt, die kaiserliche Politik in sein Netz einzufangen, er sofort wieder das neuerfundne Schlagwort vom „patriarchalischen Imperialismus“ in die Arbeiterwelt hinauszuposaunen beginnen wird, um ja nicht die Masse zum Gefühl des Vertrauens und der Befriedigung kommen zu lassen. Das rohe Wort von der „verfluchten Zufriedenheit“ ist freilich sozialdemokratischen Ursprungs, aber darnach gehandelt ward bis jetzt wenigstens vom Freisinn gerade so gut wie von den sozialdemokratischen Agitatoren.

In Frankreich erging vor kurzem von den Revolutionären ein Aufruf, für die deutschen Sozialdemokraten Geld zu den Wahlen zu sammeln. Der Aufruf verlangte „Munition“ für die deutschen Brüder gegen die deutschen Feinde. Da auch französische Sozialisten stets zuerst Franzosen sind, und da es keinen französischen Sozialisten giebt, der nicht vor allem andern Elsaß-Lothringen als französisches Eigentum in Anspruch nähme, so ist natürlich die „Munition“ für die deutschen Brüder zuerst zu dem Zwecke der Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen bestimmt. Man spekulirt auf die schamlosen Seelen in Deutschland, die mit Liebknecht und Bebel bereit seien, das uralte deutsche Land an den Landesfeind auszuliefern. Es soll zunächst mit den Geldern Revolution in Deutschland hervorgerufen werden, und mit ihr hofft man der deutschen Macht und Größe ein jähes Ende zu bereiten. Daß nun die deutschen Sozialdemokraten es fertig bringen, ihr Vaterland mit Füßen zu treten, das wissen wir; es gehört das mit zu den Zielen dieser vaterlandslosen Partei. Auch daß ein Teil der Ultramontanen auf die Schwächung des deutschen Reiches lauert, wissen wir und wundern uns nicht. Aber daß der Freisinn in seiner Verblendung so weit geht, daß er mit den Sozialdemokraten auch noch unter solchen Umständen, wo die Fremden in ihren Zeitungen nach „Munition“ gegen die Deutschen rufen, zusammen zu arbeiten bereit ist, das muß schier Wunder nehmen, auch nach allem, was wir vom Freisinn wissen.

Wie auch in ihrer innern Politik die Freisinnigen in die sozialdemokratischen Kreise munter hineinsteuern, das haben sie in ihrem Wahlauf Ruf zu den jetzigen Wahlen aufs neue gezeigt. Da heben sie als die wesentlichsten Punkte wieder hervor: Abkürzung der Dienstzeit, Abänderung der Zölle und Steuern, Beseitigung des Sozialistengesetzes. Diesen Aufruf haben auch die sogenannten gemäßigten Elemente der Partei mit unterschrieben, z. B. Professor Hänel, der doch seinen Frieden in Kunststudien zu suchen sich vorgenommen zu haben schien und zu Klaus Groths siebenzigstem Geburtstag in der Anrede an diesen zeigte, daß er über die Grenzen der Kunst auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Über die Grenzen der Politik scheint er noch nicht soweit gekommen zu sein; sonst würde er wissen, daß für einen verständigen Mann Punkte wie die Abänderung der Zölle und der (indirekten) Steuern heutzutage in Deutschland nicht mehr in einem politischen Programm möglich sind. Oder

glaubt Herr Hänel, daß er die Zölle und die indirekten Steuern, die vom 1. April bis zum 31. Dezember 1889 im deutschen Reiche eingenommen wurden und die die Höhe von rund 475 Millionen Mark erreichen, durch direkte Steuern ersetzen könne? Es ist die Frage, ob auch nur eine kleine Anzahl der wohlsituirten Herren vom Freisinn für sich das im Ernste leisten wollen, was sie in ihrem Manifest wieder einmal so eifrig befürworteten; im Reichstag selbst wenigstens haben sie den Antrag auf Beseitigung der Zölle und der indirekten Steuern zu stellen sich wohl gehütet. Wollen sie es nachholen und setzen sie es durch mit ihrer progressiven Reichssteuer, so möchte wohl gerade bei ihnen so manches Ach und Weh kommen, zumal da es auf staatlichem Gebiete nicht angehen würde, sich auf Privilegien wegen Steuerfreiheit zu berufen, wie das von dem und jenem bei der Kirchensteuer geschehen ist. Wie verständige Männer heutzutage noch „Abänderung von Zöllen und Steuern“ verlangen können, das ist doch kaum zu begreifen, wenn man erwägt, daß damit die ganze Wirtschaftspolitik des deutschen Reiches auf den Kopf gestellt werden würde. Unter dem Schutze dieser Zoll- und Steuerepolitik ist unsre Industrie, unser Gewerbe- und Verkehrsleben vom drohenden Niedergange zu ungeahnter Höhe aufgestiegen, und mit ihnen die Arbeitslöhne, hat sich der Volkswohlstand, wie die Spartasseneinlagen überall beweisen, gehoben, die Landwirtschaft ist vor dem Ruin bewahrt worden, obwohl die Getreidepreise im Jahre 1889 noch nicht so hoch waren, wie vor dem Jahre 1880, d. h. vor der Einführung der Zölle, ein Beweis, daß das Ausland die Zölle trägt. Wenn man aber über unsre indirekten Steuern jammert, die auf den Kopf der Bevölkerung 8 Mark 90 Pf. machen, so mag man doch den Leuten nicht verschweigen, daß in dem schönen Frankreich diese indirekten Steuern weit über viermal mehr, und in dem freisinnigen England weit über dreimal mehr als bei uns betragen. Das alles geht aber die freisinnigen Herren nichts an; sie präsentiren ihren Schein, und darauf steht mit großen Buchstaben: „Abänderung!“ Daß unter der jetzigen Zollpolitik das eingetroffen ist, was ihre Urheber hofften, und nichts von dem, auch gar nichts, was die deutschfreisinnigen Herren mit ihren sozialdemokratischen Brüdern prophezeiten, daß die Lage der gesamten Bevölkerung günstiger geworden ist, als sie je früher gewesen, daß die einzige vielbedauerte Branntweinsteuer, die 130 Millionen (allerdings noch lange nicht so viel, als in dem freisinnigen Amerika und England) eingebracht hat, gar nicht mehr durch direkte Steuer zu ersetzen wäre, wenn diese nicht zu kolossaler Höhe anzuwachsen sollte, daß selbst in Beziehung auf die Gesundheit diese Branntweinsteuer höchst empfehlenswert ist, da ein Drittel weniger Schnaps getrunken wird als früher, was kümmert das alles doch die deutschfreisinnigen Größen? Ohne durch die Thatfachen irgendwie belehrt zu werden, reden sie wie alte Weiber immer wieder dasselbe, und wenn sie zehnmal widerlegt worden sind. Erzielen sie doch mit ihrem Gerede eins: Unzufriedenheit.

Dabei macht man eine seltsame Erfahrung: diese deutschfreisinnigen Herren erheben nie ihre Stimme gegen die Gebrechen, an denen die Arbeiterwelt krankt. Wer Gelegenheit hat, sich in einem Industriebezirke umzusehen, wo die Geschäfte gut gehen und die Arbeiter sich gut stehen, wo der fleißige und geschickte Arbeiter Löhne erhält, die ein reichliches Auskommen ermöglichen und darum die Unzufriedenheit bannen sollten, der macht die traurige Wahrnehmung, daß gerade die am besten bezahlten Leute ihre Arbeitgeber wie „Ausbeuter“ betrachten, immer höhere Ansprüche stellen und immer kostspieligere Vergnügungen suchen. Es haben viele wohlwollende Fabrikherren Speiseanstalten errichten lassen, wo eine kräftige und reichliche Speise zu 20 Pfennigen und darunter geboten wird. Anstatt diese zu benutzen, geht ein großer Teil der Arbeiter in die nächste Kneipe oder zum herumziehenden Eßwarenhändler, um Nahrung von sehr fragwürdiger Qualität zu kaufen. Am Lohnstage vollends finden sich, schon ehe es in die Kneipen geht, Händler und Hausierer aller Art gleich in nächster Nähe der Fabrik ein, die die Groschen aus den Taschen locken. Gegen all diesen Unfug erhebt sich nie eine deutschfreisinnige Stimme, wohl aber wird fortgewühlt gegen Kranken- und Unfall-, gegen Invaliden- und Altersversorgungsgesetz. Was die Regierung auch thun mag, es wird einer hämischen Kritik unterworfen, der auch die Kartellparteien, die mit der Regierung so ersprießlich zusammengearbeitet haben, unterliegen. So äußert sich bei diesen politischen Gauklern der Respekt vor der Volksstimme, die doch diese Majorität geschaffen hat. Das Volk taugt nur etwas, wenn es deutschfreisinnig stimmt. Es ist unglaublich, mit welcher Leichtfertigkeit die Agitation selbst von denen unter den Freisinnigen betrieben wird, die als vorzugsweise gemäßigt gelten. So richtet sich Professor Hänel mit seiner Rede vom 2. Februar auf dem neulich abgehaltenen schleswig-holsteinischen freisinnigen Parteitag zu Neumünster „gegen das rapide Anwachsen der Ausgaben für das Heer,“ (Nieler Zeitung vom 3. Februar) und bringt prophezeiend die alte Phrase vor: das jetzige Militärsystem werde das wirtschaftliche und geistige Mark des Volkes anfressen und verderben. Um nur etwas zu thun, da doch auch der Freisinn die Nachbewilligung für das Heer mitzubewilligen sich in der Notwendigkeit befunden habe (die Herren hätten freilich ohne dieses „sich der Notwendigkeit fügen“ wohl abgewirtschaftet gehabt), kommt nun der geistreiche Staatsmann auf die bekannte Verkürzung der Dienstzeit und auf die „regelmäßige budgetmäßige Bewilligung der festzustellenden Präsenzstärke.“ Und das spricht er in demselben Augenblick aus, wo der Oberst Stoffel, dieser nüchternste aller Franzosen, die Herausgabe von Metz und Straßburg fordert, der ehemalige Seinespräsekt Hausmann den Rhein als Grenze zwischen Deutschland und Frankreich verlangt und die französische Tricolore in Mainz und Koblenz, in Aachen und Trier aufpflanzen will! Weiß denn der freisinnige Abgeordnete nicht, oder will er's nicht wissen, was doch auch der offizielle Württembergische Staatsanzeiger

bestätigt hat, daß wir zu Anfange des Jahres 1887 vor dem Kriege standen und daß der Schnäbelefall im April 1887 nur die Gefahr aufs neue heraufbeschworen hatte? Ist es da nicht ein starkes Stück von Leichtfertigkeit, „die regelmäßige budgetmäßige Bewilligung der Präsenzstärke“ als Aufgabe des neuen Reichstages hinzustellen? Gott bewahre uns vor diesen „neuen Zielen,“ nach denen die freisinnigen Künstler wieder einmal „vorwärts schauen“ und womit sie das deutsche Reich „im Sinne verfassungsmäßiger Freiheit zu schmücken und zu stärken“ sich gütigst bemühen wollen.

Einen Vorgeschmack von diesem Schmuck und dieser Stärke haben wir in dem deutschfreisinnigen Wahlausruf, der voll ist von den altbekannten Jongleurkunststückchen der Partei; da heißt es z. B. „Unsre Politik bewegt sich in einer Richtung, die der allgemeinen Wohlfarth des deutschen Volkes nicht entspricht.“ Den Freisinnigen wäre es freilich lieber, wenn sie unsre Kolonien so schnell wie möglich an England überlassen könnten, wie es ihnen lieber gewesen wäre, wenn unsre Landwirtschaft ihre Erzeugnisse zu Preisen hätte liefern müssen, bei denen ihr Ruin sicher war und bei denen die Industrie ohne Zweifel in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Weiter heißt es in dem Manifest: „Die Forderungen werden für Heer und Flotte von Jahr zu Jahr in einem Maße gesteigert, welches die durch die Weltlage geforderten Opfer übersteigt.“ Und dieser selbe Freisinn, der jetzt so spricht, hat sich doch nicht getraut, gegen die zur Verteidigung des Reiches geforderten Geldmittel zu stimmen! Was ist das da für eine erbärmliche Heuchelei, im Reichstage zu einer Zeit, wo die Volksstimmung wegen des von Frankreich drohenden Angriffs der Partei es ratsam erscheinen ließ, die Forderungen der Regierung zu bewilligen, nun hinterher die Wähler gegen das aufzuheben, was man selbst mit bewilligt hat! Ja die Partei geht in ihrer Gewissenlosigkeit so weit, zu sagen: „Die berechtigten Forderungen der Arbeiter bezüglich des Schutzes ihrer Arbeitskraft und Gesundheit und bezüglich der Ordnung gewerblicher Streitigkeiten finden kein geneigtes Gehör bei der Regierung.“ Das sagt eine Partei, die für die Sicherung und Kräftigung der Lebenslage der Arbeiter bisher nichts gethan, vielmehr alle Maßnahmen der Regierung vom Krankenkassengesetz an bis zur Altersversicherung nur bekämpft hat! Und diese Partei tritt gegen den letzten Reichstag, der dem Vaterlande den Frieden erhalten hat, schmähend und polternd auf und giebt ihm eine Politik schuld, mit deren „Fortsetzung die Aufrechthaltung der Rechte des Volkes unverträglich“ sein soll. Sie selbst verspricht, „mit aller Kraft der Fortführung einer solchen für den innern Frieden und das wirtschaftliche Gedeihen Deutschlands gefährlichen Politik entgegenzutreten.“ Sie wünscht eine Vertretung, „die das deutsche Reich nicht nur nach außen macht, und glanzvoll hinstellt, sondern auch in würdiger Weise dem deutschen Volke seinen Platz unter den der Freiheit theilhaftigen Völkern sichert.“ Dieser Wunsch des Freisinns ist insoweit überflüssig, als er sich schon

nach Möglichkeit verwirklicht hat, und zwar ohne Zuthun der schönen deutschfreisinnigen Worte, und als er sich, soweit es noch geschehen kann, am besten so verwirklichen wird, daß dem deutschen Reiche wiederum eine Vertretung gegeben wird, wie der vorige Reichstag war, der nach dem Zeugnis der kaiserlichen Thronrede dazu beigetragen hat, „dem deutschen Reiche die Weltstellung zu gewährleisten, vermöge deren es befähigt wird, mit dem ihm im Räte der Völker gebührenden Gewichte für die Güter des Friedens und der Gerechtigkeit einzutreten.“ Es ist doch wohl für uns alle besser, wenn wir den Worten des Kaisers mehr glauben, als den Worten der Herren Bamberger und Kompagnie. Daß unter der Ägide dieser tapfern Kämpen die Zeit für den Liberalismus nun bald gekommen sein sollte, wie neulich die Vossische Zeitung hoffte, ist kaum anzunehmen. Es müßte doch wunderbarlich ums deutsche Volk bestellt sein, wollte man mit der „Vossischen“ der Meinung sein, daß jetzt, wo der Freisinn sich gerade so unbelehrbar gezeigt hat und zeigt wie immer, es eintreffen sollte, was sie hofft, „daß dem Freisinn die Wähler zufließen und die Mandate zufallen werden fast ohne Arbeit, und wo das Kartell oder jede andre Koalition vor der Volkssprache zerfliegen wird wie Spreu vor dem Winde.“ Gute Tante, orakle nur weiter! Inzwischen besorgt dein Freisinn auch fortan die Geschäfte der Herren Bebel und Windthorst, dem einen als „politische Schweizergarde“ dienend, dem andern als „Lebensträger der Sozialdemokratie,“ wie Puttkamer in seiner Stolper Rede den Freisinn richtig nennt. Und das ist auch der Grund, warum im Notfall die Mittelparteien lieber mit Herrn von Puttkamer gehen werden, als mit Herrn Eugen Richter. Gegeben ist dieser Notfall, sobald es sich in der Stichwahl um den einen oder um den andern handelt.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Das Richtersche ABC-Buch für freisinnige Wähler ist unter den Lärmpannen, mit denen die deutschfreisinnige Partei in dem diesmaligen Wahlkampf Nadau gemacht hat, eine der massivsten. Der fünfte, vollständig umgearbeitete Jahrgang ist mit einigen besonders zugkräftigen Artikeln versehen; vor allem dürften — wie Richter selbst sagt — Beachtung verdienen die Abschnitte Abel; Bismarck, Fürst; Bismarck, Herbert; Graf Waldersee; Wilhelm II. u. s. w. Schlagen wir nach, so erfahren wir